Oberbergischer Anzeiger

KÖLNISCHE ZEITUNG | UNABHÄNGIG - SEIT 1802 - ÜBERPARTEILICH

AM WOCHENENDE

Samstag/Sonntag, 21./22. November 2020 Kölner Stadt-Anzeiger

Nr. 273 - SOB - Einzelpreis 2,20 €







Mehr rechte Verdachtsfälle bei der Polizei

Zahl in NRW steigt -Großteil wohl nicht strafrechtlich relevant

Köln/Düsseldorf. Die Zahl der rechtsextremen Verdachtsfälle in der NRW-Polizei ist erneut gestiegen: Mittlerweile gehe man 171 Hinweisen nach, die insgesamt 169 Beschäftigte betreffen, hieß es am Freitag aus dem Innenministerium.

134 davon wurden an Staatsanwaltschaften rechtlichen Bewertung übermittelt. Die Mehrzahl der bereits geprüften Fälle indes hat nach Informationen dieser Zeitung keine strafrechtliche Relevanz: So seien bisher 35 Verfahren gegen Beamte angelaufen, in 66 Fällen allerdings gar nicht erst aufgenommen worden. 33 Fälle werden noch untersucht. Liegt keine strafrechtliche Relevanz vor. gibt es für eine Behörde immer noch die Möglichkeit eines Disziplinarverfahrens. (jl) » Dossier Seite 20,21

Merkel soll **EU-Streit lösen**

Berlin/Brüssel. Nach einem EU-Videogipfel ohne Durchbruch im Haushaltsstreit mit Ungarn und Polen ist es nun an Kanzlerin Angela Merkel, einen Ausweg zu suchen. Als EU-Vorsitz werde Deutschland alle Optionen ausloten, sagte die CDU-Politikerin. "Da stehen wir ganz am Anfang."

Ungarn und Polen hatten ihr Veto gegen einen zentralen Haushaltsbeschluss eingelegt und die Gemeinschaft in die Krise gestürzt. Sie stoßen sich an einer Klausel zur Kürzung von Geldern bei bestimmten Rechtsstaatsverstößen in den Empfängerländern. (dpa)

» Leitartikel Seite 4

Bund plant weitere Einschnitte -Distanzunterricht in Oberstufe?

NRW signalisiert Zustimmung zu neuen Wechselmodellen an Schulen

VON EVA QUADBECK, DANIELA VATES, ALEXANDER HOLECEK UND GERHARD VOOGT

Berlin. Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU) hat sich dafür ausgesprochen, beim nächsten Bund-Länder-Gipfel zur Corona-Krise am Mittwoch weitere Beschränkungen zu beschließen und dabei vor allem die Schulen in den Blick zu nehmen. na-Neuinfektionen erreichte am Freitag "Was wir für den November beschlossen mit 23648 einen Höchststand. haben, hat die Infektionsdynamik gebrochen. Aber es hat noch nicht dazu geführt, Gericht kippt Quarantänepflicht dass die Zahlen nach unten gehen", sagte Braun dem "Kölner Stadt-Anzeiger" (Redaktionsnetzwerk Deutschland). "Deswegen müssen wir sehen, wo wir weiter Kon- regelte Quarantänepflicht für Auslandstakte reduzieren können.

Es gelte vor allem, die hohen Infektionsraten bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu senken. "Sie tragen wesentlich zur Verbreitung der Infektion bei", sagte Braun. "Vor allem in den weiterführenden Schulen muss alles getan werden, um die Abstandsregeln einzuhalten. An diesem Punkt gilt es anzusetzen. Darüber werden wir am Mittwoch mit den Ministerpräsidenten sprechen." Braun schlug vor, ältere Schüler vermehrt zu Hause zu unterrichten und bei der Suche nach großen Unterrichtsräumen außerhalb der Schulgelände zu suchen: "In größeren Räumen lassen sich Abstandsregeln leichter einhalten. Wo es die in den Schulen nicht gibt, lässt sich in Bürgerhäuser und Kinosäle ausweichen. Ältere Schüler ließen sich ins Homeschooling schicken."

Auch NRW-Ministerpräsident Armin Laschet zeigte sich offen für neue Modelle in der Bildungspolitik. So müsse man über das Distanzlernen von Berufsschülern und in den Oberstufen nachdenken, sagte der CDU-Politiker den "Stuttgarter Nachrichten". Wechselmodelle seien bei Oberstufenschülern "sicherlich einfacher zu organisieren als bei jüngeren Kindern", erläuterte die schulpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfaktion, Claudia Schlottmann, dem "Kölner Stadt-Anzeiger".

Franziska Müller-Rech, Schulexpertin der FDP im Landtag, sagte dieser Zeitung: "Wenn Schulen wegen erhöhter Infektionszahlen in ein Wechselmodell oder den Distanzunterricht gehen müssen, bietet es

starten.

Kanzleramtsminister Braun betonte, am Inzidenzwert von 50 Neuinfektionen in sieben Tagen pro 100000 Einwohner als Orientierungsmarke für eine Lockerung solle festgehalten werden. "Der bleibt unser Ziel", sagte Braun. Die Zahl der Coro-

Das Oberverwaltungsgericht in Münster kippte die in der Corona-Einreiseverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen ge-

Corona-Barometer NRW

In Klammern: Vortag/letzter veröffentlichter Wert

Neuinfektionen

Fälle gesamt: 222 530

+5728 (+5428)

Trend

7-Tage-Inzidenz

166,5 (166,5)

(Kalenderwoche 46) 9,0 % (7,6% KW 45)

Covid-19-Patienten auf Intensiv (Betten mit Beatmung gesamt: **5524** davon aktuell verfügbar: 889)

Positive Tests (Wöchentliche VÖ.)

962 (932)

davon invasiv beatmet: 626 (597)

Verstorbene

im Zusammenhang mit Corona

(gesamt: 2887) +68 (+53)



R-Wert

0,98 (1,04)



KStA-Grafik; Quelle: LZG NRW, mags.nrw, RKI, rtlive.de; Stand 20.11.

sich an, mit den Oberstufenschülern zu rückkehrer aus Risikogebieten. Nach Ansicht des Gerichts hat das Land nicht berücksichtigt, dass Reisende bei der Rückkehr aus Ländern mit geringeren Infektionszahlen als an ihrem Wohnort nach der Heimkehr einem höherem Infektionsrisiko ausgesetzt sind. Somit sei die Quarantäne aktuell kein geeignetes Mittel zur Eindämmung der Corona-Pandemie in Deutschland.

Böllerverbot in Kölner Altstadt

In der Kölner Altstadt wird in der Silvesternacht ein generelles Böllerverbot gelten. Damit wolle die Stadt dort Feiern und größere Menschenansammlungen zum Jahreswechsel vermeiden, sagte OB Henriette Reker am Freitag nach der Sitzung des Corona-Krisenstabs. Zudem werde – ähnlich wie vor dem 11.11. – eine Öffentlichkeitskampagne vorbereitet, die die Menschen zum "verantwortungsvollen Feiern" animieren solle, so Reker. Für den Rest der Stadt wolle sie das Böllern nicht verbieten. Stattdessen rechne sie damit, dass die bislang geltenden Maßnahmen in den Dezember verlängert werden. In dem Fall würde auch ein Alkoholverbot an Silvester gelten. In den vergangenen Jahren war schon in der direkten Domumgebung das Böllern verboten. Die Stadt reagierte damit auf die verheerende Silvesternacht 2015/2016, wo an gleicher Stelle hundertfach Frauen unter anderem sexuell belästigt worden waren.

Impfstoff-Zulassung beantragt

Das Mainzer Unternehmen Biontech und der US-Pharmariese Pfizer wollen bis zum Wochenende bei der US-Arzneimittelbehörde FDA eine Notfallzulassung für ihren Corona-Impfstoff beantragen, wie beide am Freitag mitteilten. Anträge auf eine Zulassung für Europa und weitere Regionen seien in Vorbereitung. "Wir können innerhalb von Stunden liefern, wenn wir eine Genehmigung erhalten sollten", sagte eine Sprecherin von Biontech in Mainz. Falls der Wirkstoff zugelassen werde, könnten besonders gefährdete Menschen in den USA Mitte bis Ende Dezember mit dem Impfstoff versorgt werden. (mit dpa) » Seiten 6. 25 und 26

OBERBERG

KAUFPLÄNE

FCBG will die Hauptschule kaufen

Die Freie Christliche Bekenntnisschule will die seit 2016 leer stehenden Räume der ehemaligen Hauptschule in Strombach kaufen. Kommt es dazu, würde die FCBG die Immobilie für ihre Grundschule nutzen, die in Nochen angesiedelt ist . » Seite 33

NACHRICHTEN

1. FC KÖLN

Aehlig geht zu Red Bull

Kaderplaner Frank Aehlig verlässt den 1. FC Köln und wechselt zum 1. Iuli 2021 zu Red Bull Global Soccer. Dort soll er die Nachfolge von Ralf Rangnick als Head of Development antreten.

» Sport Seite 17

RHEINLAND-WETTER

Morgens Mittags Abends





min/max am Tag min in der Nacht

SO ERREICHEN SIE UNS

Abonnenten-Service: 0221/92586420 Telefonische Anzeigenannahme: 0221/92586410

E-Mail: ksta-redaktion@dumont.de Kontakt:

Amsterdamer Str. 192 50735 Köln

Telefon: 0221/224-0 Fax: 0221/224-2524







